



Dr. Christiane Ratjen-Damerau
Mitglied des Deutschen Bundestages

11011 Berlin
Platz der Republik 1
Tel: (030) 227 - 73 285
Fax: (030) 227 - 76 285
christiane.ratjen-damerau@bundestag.de
<http://www.ratjen-damerau.de>

Wahlkreisbüro
Haarenufer 14
26122 Oldenburg
Tel: (0441) 925 1400
Fax: (0441) 925 1402

Berlin, 19.01.2012

sd

Oldenburg. Zur Debatte der Liberalisierung des Busfernverkehrs im Deutschen Bundestag erklärt die Oldenburger FDP-Bundestagsabgeordnete Christiane Ratjen-Damerau:

Steigende Bahnfahrpreise, schlechter Service, immer weniger Angebote von Zugverbindungen in der Fläche, auch bei uns in Oldenburg: Das ist die Realität des Schienenfernverkehrs in Deutschland. Die schwarz-gelbe Koalition wird mit dem Gesetz zur Änderung personenbeförderungsrechtlicher Vorschriften endlich in Deutschland dem Busfernverkehr zum Durchbruch verhelfen und damit eine Alternative zum Bahnverkehr schaffen.

Bisher schützt das Personenbeförderungsgesetz mit seinen überkommen Vorstellungen aus den dreißiger Jahren des letzten Jahrhunderts einseitig das Monopol der Deutschen Bahn im Fernverkehr. Das entspricht in keiner Weise unseren ordnungspolitischen Vorstellungen und ist wettbewerbsfeindlich. Die Bürger sollen in Zukunft selbst entscheiden können, ob sie für ihre Fernreise die Bahn oder eine kostengünstige Busverbindung wählen.

Es ist nicht Aufgabe des Staates, durch Gesetze bei Fernreisen lediglich die Bahn zu schützen. Das behindert nicht nur die unternehmerische Handlungsfreiheit, sondern ist auch Bevormundung, die heute nicht mehr akzeptabel ist. Wir wollen insbesondere mittelständischen Unternehmern wie Publicexpress in Oldenburg durch die Liberalisierung des Busfernverkehrs Chancen ermöglichen. Das wird auch zu mehr Angeboten für die Kunden führen, die sich künftig zwischen Bahn und Bus entscheiden können. Die FDP hat diese Öffnung angestoßen und lange dafür gekämpft.

Bereits im Luftverkehr hat die Liberalisierung vor einigen Jahren dazu geführt, dass innerdeutsche Flüge erheblich billiger geworden sind. Das ist das Ziel der FDP: Mehr Wettbewerb und damit geringere Preise für die Kunden. Der Gesetzentwurf zur Liberalisierung des Busfernverkehrs wurde heute in erster Lesung im Deutschen Bundestag beraten und an den Verkehrsausschuss überwiesen. Nach gründlicher Beratung werden wir das Gesetz voraussichtlich bis Ende des Frühjahrs beschließen können.